

Kanton stützt Felsen als Endlager-Mahnmal

Marthalen Mit überraschend deutlichen Worten stellt sich die kantonale Baudirektion hinter den umstrittenen Hinkelstein von Marthalen. Landwirt Jürg Rasi fühlt sich bestärkt. Er hofft, dass sich nun mehr Menschen im Weinland gegen das Endlager wehren.

Markus Brupbacher

Nach rund 20 Monaten und einem juristischen Hin und Her steht fest: Der Marthaler Hinkelstein darf als Mahnmahl gegen das mögliche Atomendlager im Weinland stehen bleiben. Ende August 2018 hatte der Verein Like Weinland (Ländliche Interessengemeinschaft kein Endlager im Weinland) den viereinhalb Meter hohen und 30 Tonnen schweren Felsen auf einem Acker von Landwirt Jürg Rasi aufgestellt.

Weil Rasi sich lange Zeit geweigert hatte, für den Stein ein Baugesuch einzureichen, ging der Fall bis vor das Baurekursgericht und schliesslich vor das Verwaltungsgericht. Er ist der Präsident von Like Weinland. Sollte das geologische Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle dereinst im Weinland gebaut werden, läge das Tor zum Endlager vor Rasi's Haustür. Es handelt sich dabei um die zentrale Oberflächenanlage zum unterirdischen Lager. Die Anlage wäre etwa so gross wie die Winterthurer Altstadt.

«Nicht damit gerechnet»

«Ich bin erstaunt», sagt Jürg Rasi über die Bewilligung aus Zürich und Marthalen. Für Bauten in der Landwirtschaftszone muss der Kanton der Gemeinde grünes Licht geben. «Ich habe nicht damit gerechnet.» Das Ja aus Zürich zum steinernen Mahnmahl findet Rasi «sehr bemerkenswert». Er versteht es als «politisches Statement des Kantons», als eine Aufforderung an die Bevölkerung, sich gegen das Atomendlager zu wehren.

«Ich sehe einen Silberstreifen am Horizont», sagt Rasi weiter. Nun könne es sein, dass die Be-



Der Hinkelstein von Marthalen dient als Mahnmahl gegen das mögliche Atomendlager. Foto: Madeleine Schoder

völkerung des Weinlands etwas kritischer werde gegenüber dem Endlager. «Es geht um unsere Region», sagt der Landwirt, der sich auch um die Direktvermarktung hiesiger Produkte sorgt. Es brauche diesen Stein als «klares Zeichen», findet Rasi. Er hofft, dass sich die Bevölkerung mehr wehrt – nicht primär mit Demonstrationen, sondern mit Forderungen an die Politik.

Die beiden Bewilligungen der kantonalen Baudirektion und des Gemeinderats Marthalen lie-

gen dem «Landboten» vor. Die Direktion spricht von einem «Grenzfall» und erwähnt hierbei die verfassungsmässige Ausübung der politischen Rechte (Meinungsausserungsfreiheit) sowie die Gemeindeautonomie. Aber hätte Rasi den Hinkelstein nicht einfach an einem anderen Ort aufstellen können? Nein, kommt der Kanton zum Schluss, denn: Das Bauvorhaben sei an den Standort gebunden. Der Grundeigentümer demonstrierte so gegen mögliche Beeinträchti-

gungen seines Landes durch das Endlagerprojekt. «Auf einem anderen fremden Grundstück in der Bauzone wäre diese Botschaft in dieser Weise nicht mehr möglich», heisst es in der kantonalen Verfügung weiter.

Auch bei der Standortuche für ein Endlager dürfe die demokratische Meinungsbildung «nicht ohne Not gehindert werden». Zumal die regionale Partizipation bei dieser Suche im Kernenergiegesetz des Bundes verankert sei. Daher könne der

Stein «durchaus als überdimensionierter Plakatsänder» angesehen werden. Nach Praxis der Baudirektion dürfen Abstimmungs- und Wahlplakate auch ausserhalb der Bauzone vorübergehend aufgestellt werden.

Stein «ästhetisch»

Der Sandstein trete zwar «prominent in Erscheinung», schreibt die Baudirektion weiter. Doch der natürlich belassene Stein füge sich ästhetisch und verhältnismässig gut in die Umgebung ein.

Bei der Standortuche nach einem Endlager müssten «landschaftliche Spuren der politischen Partizipation» in einer demokratischen Gesellschaft innerhalb der rechtlichen Grenzen hingenommen werden.

Die erteilte Ausnahmebewilligung für den Marthaler Hinkelstein als Mahnmahl gegen das mögliche Endlager gilt bis zum Ende der Rahmenbewilligung, also bis zum abschliessenden Standortentscheid durch den Bund. Nach heutiger Planung wird dies Ende der 2020er-Jahre der Fall sein.

Auch der Marthaler Gemeinderat stützt den Hinkelstein. Das Thema Endlager «bewegt das Zürcher Weinland», schreibt er in seinem Beschluss. Niemand wünsche sich eine Anlage dieser Dimension im eigenen Gemeindegebiet. «Der Hinkelstein als Mahnmahl unterstützt die Debatte rund um das Tiefenlager. Damit besteht ein wichtiges öffentliches Interesse, dass der Stein am heutigen Ort stehen bleibt.»

Bereits letzten Herbst forderte das Verwaltungsgericht, dass die Behörden die Bewilligungsfähigkeit des «als Mahnmahl konzipierte Hinkelsteins» unter Beachtung der Meinungsfreiheit «neutral und unvoreingenommen» zu prüfen hätten. Das Aufstellen des Steins sei eine «Meinungskundgabe». Dies entbinde den Landwirt aber nicht davon, eine Bewilligung einzuholen. In einem Kommentar regte der «Landbote» letzten Oktober einen Kompromiss und etwas Mut an: Rasi solle das Baugesuch einreichen und der Marthaler Gemeinderat das Gesuch unterstützen als Signal an den Kanton, der entscheidet. Im Januar 2020 wurde Rasi's Gesuch veröffentlicht.

Sechs Flüchtlinge finden eine Anstellung

Integrationspolitik in Neftenbach Sozialvorstand Urs Wuffli erzählt, wie er die Quote der Sozialhilfe im Flüchtlingsbereich bis 2022 auf 50 Prozent senken will.

Sechs Flüchtlinge haben Mitte März eine Anstellung gefunden, wie es in einer Mitteilung des Gemeinderats heisst. Gemeinderatsmitglied und Sozialvorstand Urs Wuffli (FDP) erzählt, dass zwei der Männer eine Anstellung als Bäcker gefunden haben, völlig unabhängig voneinander. Drei hätten eine Lehre abgeschlossen oder befinden sich zurzeit in Ausbildung. «Einer von Ihnen hat ein Stipendium und ist dank diesem finanziell unabhängig. Ein engagierter junger Mann, der wird seinen Weg machen», fügt Wuffli an. Wie die Menschen Arbeit finden, ist unterschiedlich. «Manche kommen einfach und sagen: Ich habe übrigens eine Stelle gefunden.» Andere arbeiten bei der Stellensuche mit Partnerorganisationen wie der Stiftung Chance, der Berufsberatung oder der Asylorganisation AOZ zusammen. Oder sie verfügen über persönliche Beziehungen.

Auch bei der Lehrstellensuche gibt es Erfolge: So erzählt Wuffli, dass zwei Geflüchtete dank dem IT-Programm **Powercoders** eine Grundausbildung im



Gemeinderat Urs Wuffli in seinem Garten in Neftenbach. Auch beim Gemeinderat herrscht Homeoffice. Foto: Madeleine Schoder

Informatikbereich abgeschlossen haben und nun im Sommer eine Lehre antreten. «Leider kommt es aber zurzeit wegen der Corona-Pandemie zu Verzögerungen bei der Unterschrift von Lehrverträgen», sagt Wuffli. Er hofft, dass es nicht zu weiteren Aufschüben kommt. Im schlimmsten Fall müsse man dann für ein weiteres Jahr eine Zwischenlösung finden. «Das

wäre für alle betroffenen Personen sehr frustrierend.»

Eine Definitionsfrage

«Die gesamtschweizerische Sozialhilfequote im Flüchtlingsbereich ist alarmierend», findet Wuffli. Im Jahr 2018 bezogen 85 Prozent der Geflüchteten in der Schweiz Sozialhilfe, wie der Statistik des Bundes entnommen werden kann. Die genauen Zah-

len für Neftenbach seien schwierig zu erörtern, meint Wuffli. «Unser angestrebtes Ziel liegt bei 50 Prozent im Jahr 2022.» Vorausgesetzt, es gebe keine wirtschaftliche Krise, auch im Hinblick auf die Corona-Pandemie. «Beim ersten Husten der Wirtschaft fallen Personen, die aus der Sozialhilfe gekommen sind, als Erstes wieder raus», sagt Wuffli. Im Moment leben etwa 40 Geflüchtete in Neftenbach. Jedoch sei auch diese Zahl nicht einfach zu bestimmen. Er sagt dazu: «Es kommt darauf an, wie man «Flüchtling» definiert.» Personen mit dem Aufenthaltsstatus B (anerkannte Flüchtlinge) zählen nicht zur offiziellen Statistik des kommunalen Aufnahmekontingents. In dieser Statistik werden nur Personen mit Status F (vorläufig aufgenommene Personen) oder N (Asylsuchende) miteinbezogen. «Für mich zählen aber alle Kategorien, denn es geht bei jeder Person darum, ihre Fähigkeiten zu fördern und sie zu unterstützen. Alle erhalten dieselbe Betreuung bei uns.»

Katharina Lorenz

Bücher aus dem Trog

Wiesendangen Dank Desinfektion ist die Medienausleihe weiterhin möglich.

Langeweile im Lockdown? Die Bibliothek Wiesendangen bietet eine «Bücherausleihe trotz Corona» an. Wie Monika Müller in einer Mitteilung schreibt, erhalten die Kundinnen und Kunden jeweils eine Aufforderung, wenn die bestellten Medien zum Abholen bereit sind. Darauf vermerkt ist die genaue Uhrzeit, an die sich die Leute halten sollen. Im 10-Minuten-Takt legt das Bibliotheksteam die angeschriebenen Medienpäckli in einen bereit stehenden Trog vor dem Gebäude. «Das Abholen klappt vorbildlich, und es entstehen keine Ansammlungen von Personen», so Müller.

Hauslieferung möglich

Der Rückgabekasten ist rund um die Uhr geöffnet. Zurückgebrachte Medien werden eine Woche lang eine Woche ausserhalb der Bibliothek gelagert, danach mit Desinfektionsmittel gereinigt und erst dann vom Konto der Ausleiher abgebucht. Die Konten seien somit derzeit nicht tagesaktuell, heisst es weiter. Das Team hält sich auch für Hauslieferungen bereit, sollte jemand sein Daheim aufgrund der Coro-

«Wir erhalten ab und zu ein Schöggeli im Rückgabekasten.»

Monika Müller
Bibliothek Wiesendangen

na-Massnahmen nicht verlassen können. Man könne sich gerne mit Anfragen an die Bibliothek wenden. Wer Heber ganz digital bleibt, den verweist Müller an die Onlineausleihe Dibios.ch, wo E-Medien auf die Endgeräte heruntergeladen werden können.

Reservationen können derzeit allerdings nicht getätigt werden, teilt Müller mit, auch bereits vorhandene Reservationen seien storniert worden. Dafür erlässt die Bibliothek für den Moment sämtliche Mahngebühren, falls Medien zu spät zurückgebracht werden. «Der Service der Bibliothek wird sehr geschätzt, und wir erhalten Dankes-Mails sowie ab und zu ein Schöggeli im Rückgabekasten», schreibt Müller. (nid)